

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

29.10.1925 (No. 251)



Im Verlauf des Festakts ergriff Johann  
**Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach**  
das Wort zu folgenden Ausführungen:

**Euer Magnifizenz!**  
Hochansehnliche Festversammlung!  
Ich habe die hohe Ehre und die große Freude, der Technischen Hochschule „Fridericiana“ zu Karlsruhe namens der Badischen Staatsregierung, deren Staatsgewalt vom Volke des Landes Baden empfangen ist, den Glückwunsch zum heutigen hohen Feiertage des 100jährigen Bestehens der Hochschule darzubringen. Die Staatsregierung dankt zugleich Ihnen, Herr Rektor, für die freundlichen Worte und die wertvolle Gabe, welche Sie ihren Mitgliedern namens der Hochschule widmeten. Lassen Sie mich diesen Dank noch persönlich vertiefen, indem ich hinzufüge: Keine noch so wohlgemeinte äußere Ehrung vermag für Männer, welche die öffentlichen Geschäfte führen, jenem inneren Bewußtsein etwas hinzuzufügen, welches allein die Pflichterfüllung verleiht, und nichts als Pflichterfüllung erblidt auch die Badische Regierung in dem, was Sie ihre Fürsorge für die Hochschule genannt haben. Keine noch so wohlgemeinte äußere Ehrung reicht aber für mich selber heran an das Glück, welches ich angeblickt der Schicksalsfügung empfinde, daß ich als ein Lehrer dieser Hochschule in der Stunde ihrer Jahreshundertfeier das höchste Amt tragen darf, welches das Vertrauen des sich selbst regierenden badischen Volkes verleiht. Tief bewegt durch diese Versinnbildlichung der Tatsache, daß die unter so schwerhaften Beben geborene Neuordnung des öffentlichen Lebens in Deutschland einem Lehrer der Technischen Hochschule die Aufgabe der amtlichen Unterrichtsverwaltung und der gesamten Mitregierung in diesem an Natur und Kultur begnadeten Lande zeitweilig in die Hände legen konnte, danke ich Ihnen, Magnifizenz, für die besonderen Sätze, die Sie meiner Benignität gewidmet und das wertvolle Erinnerungsgeßent, das Sie hinzugefügt haben.

Die Entwicklung der „Fridericiana“, die Sie, Herr Rektor, in Ihrer Rede vor uns entrollten, hat sich durchaus in jenem Geiste eines besonnenen Ehrgeizes nach innerer Vorbildlichkeit und einer zielklaren Stetigkeit vollzogen, welcher der Geist dieses Landes überhaupt ist. Die drei badischen Landeshochschulen haben ihren Ruhm niemals in äußerer Übersteigerung ihrer Ausmaße gesucht; ihr Ruhm lag ihnen jederzeit beschlossen in der Qualität ihrer Leistung an Forschung und Lehre. Und wie unser Land (sagt möchte ich sagen, Gott sei Dank) bei allem rührigen Gewerbestreben auch heute noch kein eigentliches Symbol des Maschinenzeitalters geworden ist, so ist auch seine Technische Hochschule kein Kind des modernen Industriestaates. Vielmehr entstand sie, wahrhaft bodenständig und heimdienlich, aus den elementaren Bedürfnissen, dieses Acker des Oberrheins wohllich zu erhalten, und ihre beiden ersten großen Gestalten Kulla und Weinbrenner, der Ingenieur und der Architekt, der Flussbaumeister und der Stadtbaumeister, wirkten wie hohe Sinnbilder dieser Leistung einer natürlichen Gesetzmäßigkeit und einer schlichten Schönheit menschlichen Wohnens. Aber wie Baden stets mit offenen deutschen Augen in die Welt hinausgeblidht hat, so hat auch seine Technische Hochschule im Laufe ihres Bestehens sich zu weitest Dimensionen ihrer Leistung emporgereckt. Nebenbacher und Herk, Engler und Haber (um nur 4 Größte herauszugreifen); der Aufbau technischer Mechanik und elektro-magnetischer Dynamik, ihre Entdeckungen und ihre Theorie, die Erschließung der im Erdhohle geborgenen Öle, dieser heute getadelt umwälgenden motorischen Betriebsmittel, und die Mobilmachung des schlafenden Kiefers der Atmosphäre — des Stickstoffes, zum Diener menschlicher Ernährung — haben hier klassische Stätten des Erfolges etabliert. Daß die bahnbrechenden Leistungen des Menschengenies am liebsten in der gesammelten Stille und sehr oft mit den bescheidensten Werkzeugen der Natur abgerufen werden, dafür ist die Karlsruher Technische Hochschule ein großartiges Zeugnis.

Technischer Fortschritt an sich ist weder gut noch schlecht; er empfängt seinen sittlichen Wert erst durch die Ziele, in deren Dienst er gestellt wird. Grauenvoller als jede einfache körperliche Gewalt der Faust vermag die Technik zu rasen, wenn die Zerstörung der Kulturgüter ihre Aufgabe wird. Möchte diese Verlehnung ihrer irdischen Sendung, durch die wir in der jüngsten Epoche schauernd hindurchgegangen sind, von uns und den uns folgenden Geschlechtern einsichtsvoll und mutig für immer überwunden werden! Aber Technik und technischer Fortschritt haben ebenso sehr die Lebenslage der Menschen verbessert, die toten Räume überwunden und damit die einzelnen wie die Völker einander näher gebracht, die sinnlose Gewalt der Elemente dem sinnvollen Geist des Gotteskinds Mensch untertan gemacht. Technik und Kultur sind nicht dasselbe, denn Kultur entsteht immer erst durch die Unterordnung einer menschlichen Gemeinschaft unter einen gemeinsamen geistigen Lebenswert; aber alle hohe Kultur hat eine hohe Technik zur Voraussetzung gehabt, wenn es früher auch nicht die rationale Technik des 19. Jahrhunderts sein konnte, welche diese Voraussetzung bildete. In diesem Sinne sind auch die Technischen Hochschulen erlesene Dienerinnen des menschlichen Kulturfortschritts geworden, in diesem Sinne mögen sie seine Dienerinnen bleiben und immer mehr werden!

Magnifizenz! Die Badische Staatsregierung hatte den Wunsch, dem jubelnden Technischen Hochschule Badens nicht bloß mit einem Glückwunsch in Worten gegenüberzutreten. Der erhabenen Feierlichkeit einer Stunde in der 100 Jahre des Daseins und Wirkens sich vollenden, glaubt die Regierung dadurch gerecht zu werden, daß sie ihren Entschluß verkündet, durch eine besondere Einrichtung an jener Aufgabe der Zeit mitzuwirken, welche jedem Fühigen und Tüchtigen das Ringen um die höchsten Ziele seines

Wollens und Könnens nicht abzuweisen aber freigegeben soll. In diesem Geiste und der Entschlossenheit, jederzeit die Pflichten einer wahrhaften Volksregierung zu erfüllen, hat das Badische Staatsministerium vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages beschlossen, eine Staatsstiftung im Kapitalbetrage von 150 000 Mark zu errichten, deren Zins-ertrag ausschließlich für die Förderung würdiger und be-  
**dürftiger Studierender** der hiesigen Hochschule durch Stipendien verwendet werden soll. Die Staatsregierung glaubt, sowohl in der namliehen Richtung eine bescheidene Wirkung vorzubereiten, als auch den letzten Rest einer unfaßlichen Ungleichheit mit den Universitäten zu beseitigen, indem sie weiterhin anordnet, daß für die Studierenden des höheren Lehramts in der Mathematik, Physik und Chemie nebst Mineralogie und Geologie fortan das ganze an der Technischen Hochschule absolvierte Studium dem an einer Universität verbrachten gleichgerechnet werde. Daß die Staatsregierung bereit ist, den dringenden Lebens- und Wirkensnotwendigkeiten der Maschinenbauabteilung an der hiesigen Hochschule so rasch und vollständig wie möglich Rechnung zu tragen, habe ich Ihnen, Herr Rektor, zusichern zu können bereits die Ehre gehabt.

Meine Damen und Herren! Die Badische Staatsregierung wünscht aufrichtig, daß die Technische Hochschule zu Karlsruhe, indem sie die Schwelle zu ihrem zweiten Jahrhundert überschreitet, auf ihrem ferneren Wege von allen guten Geistern ihres ersten Jahrhunderts geleitet und gesegnet sein möge!

Nach den Worten des Staatspräsidenten nahmen die Vertreter der Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Vereinigungen zu Glückwunschanreden das Wort.

Mit Beethovens Leonoren-Ouvertüre fand die Feier ihren Abschluß.

Zur Jubelfeier der Technischen Hochschule ist eine über 500 Seiten umfassende Festschrift erschienen, die 38 interessante wissenschaftliche Beiträge aus allen Gebieten der Technik, sowie in der Einleitung eine Studie von Prof. Dr. Franz Schnabel über die Anfänge des technischen Hochschulwesens bringt.

**Reichskanzler Dr. Luther über Locarno**

Vor mehreren tausend Hörern hielt in Offen Reichskanzler Dr. Luther, der zum Besuche der Esener medizinischen Woche im Flugzeug dort eingetroffen war, am Mittwoch in später Abendstunde eine politische Rede, in der er die Bedeutung des Vertragswertes von Locarno darlegte.

Er betonte zunächst, daß es, nachdem das Gleichgewicht in der politischen Gestaltung Europas in der Nachkriegszeit durch die Schaffung von zwei Kategorien von Staaten, den Entwaffneten und den Bewaffneten, gestört worden sei, Hauptaufgabe der deutschen Politik wurde, Deutschland wieder als gleichberechtigten Faktor in das europäische Staatensystem einzufügen. Auch in Locarno habe die Entwaffnungstrage eine wichtige Rolle gespielt. Das oberste Ziel von Locarno sei aber die Schaffung von Sicherungen für den Frieden gewesen. Diesem Zweck diene in erster Linie der in Locarno weitgehend bewirkte Gedanke des Schiedsverfahrens.

Bei der Einzelörterung der Bestimmungen des Sicherheitspactes wies der Reichskanzler bei Artikel 1 und 2 darauf hin, daß ihr Inhalt für Rhein und Ruhr von besonderem Interesse sei. Was die Abträge anbelangt, so schloß sich die in Locarno getroffenen Abmachungen zwischen Frankreich und Polen bezw. der Tschecho-Slowakei genau an die im Völkervertrag getroffenen Abmachungen an. Bei der Erörterung von Artikel 16 des Völkervertrages sagte der Reichskanzler, daß der jüngst abgeschlossene deutsch-russische Handelsvertrag beweise, daß durch das Werk von Locarno die deutsch-russischen Beziehungen keine Änderung erlitten haben. Anschließend ging der Reichskanzler zur Betrachtung der Frage über, wie das in Locarno Erreichte sich in Zukunft auswirken werde. Hier stellte er den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß ein Erfolg nicht deshalb abgelehnt werden dürfe, weil er nicht alle Wünsche erfülle. Der Weg zum Aufstieg werde ein mühseliger und langsamer sein. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr ergebe jedoch, daß ein positiver und beständiger Fortschritt erzielt worden sei. Im Zusammenhang setzte sich der Reichskanzler mit den Einwendungen und Bemängelungen auseinander, welche gegen das Werk von Locarno laut geworden seien, um abschließend auf die großen allgemeinen Gesichtspunkte hinzuweisen, die bei der Beurteilung in Betracht gezogen werden müßten.

Zur Frage der Rückwirkung unterstrich der Reichskanzler mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Schaffung einer Grundlage, auf der dem schwergeprüften deutschen Volk Vertrauen in die gemachten Zusicherungen und der Glaube in die friedliche Zukunft eingefloßt werden können. Es bestehe kein Zweifel daran, daß wenn die Rückwirkungen insonderheit hinsichtlich der Rheinlandfrage in dem Sinne behandelt würden, der die logische Auswirkung der Verhandlungen von Locarno darstellt, dann eine große Mehrheit des deutschen Volkes dem Vertrage von Locarno zustimmen würde. Demgegenüber sei es eine Frage von nachgeordneter Bedeutung, in welcher Weise der Willen des deutschen Volkes gültigen Ausdruck findet, sei es im Parlament, wie es jetzt besteht, sei es durch die Befragung des deutschen Volkes selber. Allen deutschen Parteien rufe er zu, daß es sich nicht darum handelt, Politik im gewöhnlichen Wortsinne zu treiben, sondern daß das deutsche Volk jetzt vor geschichtlichen Aufgaben steht. Daß eine außenpolitische Entscheidung von solcher Tragweite tiefe Spuren in der gesamten politischen Entwicklung eines Volkes hinterlasse, entspreche alter geschichtlicher Erfahrung. Er werde seine Kraft dazun setzen, daß die großen außenpolitischen Fragen wirklich reif werden zur Zustimmung durch das deutsche Volk. Das sei eine Aufgabe im Dienste des gesamten deutschen Volkes, die ihn höher stehe als irgendwelcher Parteigesichtspunkt. Der Reichskanzler schloß seine Ausführungen mit einem Bekenntnis zum Glauben an Deutschland.

Langanhaltender Beifall lohnte die Darlegungen des Reichskanzlers. Die Menge sang hierauf begeistert das Deutschlandlied.

Einführung der Einheitskurzschrift in Württemberg. Nach einer Verordnung des württembergischen Staatsministeriums vom 27. Oktober darf vom 1. Oktober 1926 an im staatlichen Schreib- und Kanzleidienst nur noch die Einheitskurzschrift verwendet werden.

**Politische Neuigkeiten**  
**Die Gestaltung des endgültigen Reichswirtschaftsrates**

Der Reichswirtschaftsrat ist bekanntlich auf Grund der Bestimmung der Reichsverfassung seinerzeit nur in einer als vorläufig bezeichneten Gestaltung eingesetzt worden. Inzwischen sind im Reichswirtschaftsministerium Referententwürfe über die Neugestaltung des Reichswirtschaftsrates ausgearbeitet worden. Danach gelten als Aufgaben des Reichswirtschaftsrates die Beratung von Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag bei wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die Anregung solcher Maßnahmen, die Vornahme von Untersuchungen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet und die Unterstützung der Reichsregierung bei der Durchführung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen. Hinsichtlich der Stellung und Befugnisse ist vorgeesehen, daß dem Reichswirtschaftsrat wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung zur Begutachtung vorgelegt werden sollen und daß der Reichswirtschaftsrat, soweit angängig, auch schon bei den Vorarbeiten zu solchen Gesetzentwürfen gehört werden soll. Für die Zusammensetzung sieht der Entwurf eine wesentliche Verkleinerung vor. Die bisherige Zahl von 326 Mitgliedern hat sich als zu groß erwiesen. Sie soll deshalb auf 126 ständige Mitglieder herabgesetzt werden. Dazu stellen die Unternehmer 41 Mitglieder, die Arbeitnehmer 41 Mitglieder, die nicht privatwirtschaftlichen Berufen dienenden Körperschaften 14 Mitglieder, von der Reichsregierung und dem Reichsrat ernannte Mitglieder nebst zwei Vertretern der Tagespresse 30 Mitglieder. Die Hauptarbeit des Reichswirtschaftsrates soll in seinen Ausschüssen geleistet werden. Die Vollerfassung soll entsprechend der bisherigen Übung nur in Ausnahmefällen zusammenzutreten.

**Die Auswanderung**

Unter dem Titel, die Auswanderungsbewegung in den Jahren 1920—1923, veröffentlicht das Internationale Arbeitsamt in Genf seinen ersten Jahresbericht über die Auswanderung. Die Zahlen umfassen rund 60 Länder. Die Arbeit befaßt sich mit der Auswanderung seit Kriegsende und regt zu Forschungen nach den Ursachen und Wirkungen dieser Auswanderung an. In zwei getrennten Abschnitten wird die überseeische und die kontinentale Auswanderung behandelt. Es geht aus den Angaben hervor, daß die überseeische Auswanderung seit dem Kriege um die Hälfte zurückgegangen ist. Die Statistiken der kontinentalen Auswanderungen zeigen große Verschiebungen seit dem Kriege auf. Während vor dem Kriege rund 1 Million Arbeiter aus den europäischen Ländern nach Deutschland strömten, die Einwanderung nach Frankreich sozusagen bedeutungslos war, wird für das Jahr 1923 festgestellt, daß nach Deutschland 19 733 ausländische Arbeiter, nach Frankreich aber 292 877 eingewandert sind.

**Die Pflichten der Fürsorgestellen**

Das Reichsarbeitsministerium hat sich in einem besonderen im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Erlaß mit dem oft recht schwer zu erfüllenden Pflichten der Fürsorgestellen im Verkehr mit den Fürsorgeberechtigten beschäftigt. Nichtsahnend für den gesamten Dienstverleiher, so heißt es in diesem Erlaß, sei für jeden Beamten und bei jeder seiner Handlungen: fete Sorge für das Wohl der Versorgungsbegehrenden und unermüdeliche Hilfsbereitschaft auch in den kleinsten Dingen. Bei seine Gesundheit oder seinen Erwerb näher für das Vaterland gegeben hat, hat über förmliche, gesetzliche Ansprüche hinaus ein Recht auf wertvolle Hilfe. Dieser Grundgedanke beherrscht die Versorgungsgehalte. Ihn im Einzelfalle lebendig werden zu lassen, sich frei zu halten von nur buchstabengerechter Gesetzesanwendung, muß stets das Ziel sein. Jeder Beamte möge sich vor allem in dessen Seele verorten, der seine Hilfe in Anspruch nimmt, und sich fragen: „Wie mollst du, daß man dir in der gleichen Lage entgegentritt?“ Bei Beachtung dieser Grundsätze wird überall Form und Sachbehandlung gewählt werden, die ihren Lohn in dem Vertrauen der Versorgungsberechtigten finden.

Im mündlichen Verkehr erleichtert entgegenkommendes und höfliches Verhalten die Arbeit, befördert Mißverständnisse und hebt das Ansehen der Verwaltung. Hilfsbereites und verständnisvolles Eingehen auf Fragen und Wünsche fördert die Sache. Schon die Art des Empfangs, des Grußes und Gegengrüßes, der Anrede usw. befördert die Befangenheit und führt zu freier Aussprache. Weisheitsmäßigkeit verwirrt, Häufung erheblicher Sachausdrücke u. Paragrafen entfremdet, schroffe Kürze verletzt. Kein Reußer darf länger als unbedingt nötig warten. Verzögerungen in der Abfertigung werden unter Angabe der Gründe und mit der Bitte um Geduld mitzuteilen sein. Selbstverständlich ist die Vorzüge für Sitzgelegenheit für die Wartenden und bei der Verhandlung.

Nicht jedem Menschen ist es gegeben, die Muth zu bewahren, namentlich dann nicht, wenn seine Gesundheit geschwächt ist oder wenn ihn Sorge bedrückt. Ehrenpflicht des Beamten muß es sein, hervorbreitende Erregung durch Ruhe und Besonnenheit zu fänstigen. Auch wer im Unrecht ist, braucht deswegen nicht schroff behandelt zu werden. Ist Überzeugung nicht möglich und bleiben Meinungsverschiedenheiten, so sind lange Auseinandersetzungen zu vermeiden und ist der Besucher zu bitten, bei dem nächsten Vorgefetzten oder dem Amtsleiter vorzusprechen.

Im Schriftverkehr kennzeichnet schon die äußere Form die Behörde. Selbstverständlich ist Bescheidenheit, höfliche Form und klare Ausdrucksweise, die auch der versteht, der die Gesetze nicht kennt. Kürze sei Regel, aber lieber ein Wort zu viel, als Unverständlichkeit. Nie werde der Boden der Sache verlassen. Verlangt das Ansehen der Behörde Zurückweisung von Beleidigungen oder Schroffheiten, so ist auch hierbei Ernst und Würde zu wahren.

Nichts verbittert mehr, als langes Warten auf Entscheidung, besonders auf fällige Zahlungen. Es ist daher unbedingte Pflicht, jede Sache so rasch und mit so wenig Schreibwert wie möglich zu Ende zu führen. Schnellste und einfachste Auszahlung bewilligter Gelder! Unter keinen Umständen dürfen Anfragen oder Antragsteller längere Zeit ohne Bescheid bleiben.

Die hohen Kleinhandelspreise. Die mittlere Preisprüfungsstelle für Großberlin will sich im Laufe der nächsten Woche mit der Preisgestaltung im Obst- und Gemüse, sowie im Fischhandel beschäftigen, um eine Herabsetzung der Preispumpe herbeizuführen, die für Kartoffel bis zu 100 Prozent und für Fleisch bis zu 400 Prozent beträgt.

Volkstommiar Franke erkrankt. Der russische Volkstommiar für das Heereswesen Franke, ist an einem Magen- und Darmleiden erkrankt und nach dem Krankenhaus übergeführt worden. Das offizielle Bulletin meldet, daß das Befinden des Kranken gut sei.

Bei den Unruhen in Damaskus haben die Franzosen die Stadt mit Artillerie beschossen. Die „Times“ melden, daß die Verluste unter der Bevölkerung auf 1200, wenn nicht höher geschätzt werden.

### Painlevé wieder mit der Kabinettsbildung beauftragt

Der Präsident der französischen Republik, Doumergues, hat Painlevé mit der Regierungsbildung beauftragt. Painlevé hat angenommen.

Das veröffentliche die bereits mögliche Ministerliste. Sie lautet: Ministerpräsident und Finanzminister Painlevé, Justiz: de Monzie, Jäger: Schramm, Krieg: Daladier, Marine: Borel, Landwirtschaft: Durand, befreite Gebiete: Dalquier, Pensionen: Entier, öffentlicher Unterricht: Delbes, Kolonien: Chaumont, öffentliche Arbeiten: Durafour oder Ribaud, Staatssekretär für das Justizministerium: George Bonnet, für das Handelsministerium: Danielou, Unterstaatssekretär für die Luftfahrt und Handelsmarine: Laurent Charat, Unterstaatssekretär für technischen Unterricht: Benazet.

„Ere Nouvelle“ will wissen, daß die Sozialisten in ihrer Mehrheit geneigt sind, eine abwartende und wohlwollende Haltung gegenüber dem neuen Ministerium einzunehmen. Dieses wird heute gebildet und sich am Freitag dem Parlament vorstellen.

Andere Blätter glauben, daß sowohl Kammer wie Senat, die am heutigen Donnerstag nur eine formelle Sitzung abhalten würden, sich bis zu Beginn der kommenden Woche verlagern würden, um dem neuen Ministerium Zeit zu lassen, sein Programm auszuarbeiten.

Erfolg der württembergischen Auslandsanleihe. Die in New-York ausgelegte württembergische Anleihe wurde sofort bei Eröffnung der Zeichnung bedeutend überzeichnet.

Bevorstehende Abberufung Pacellis? Das „A. Z.“ meldet aus Rom: In Vatikankreisen verlautet, daß der päpstliche Nuntius in Berlin, Mons. Pacelli, demnächst durch den Substituten der Staatskanzlei, Pizzardo, ersetzt werden soll. Pacelli soll ebenso wie jüngst der Nuntius in Paris, Cerretti, zum Kardinal ernannt werden.

## Badischer Teil

### Besuch des Reichspräsidenten in Karlsruhe

Nach dem bisherigen Dispositionen, die indes eventuell noch eine Änderung erfahren könnten, wird Reichspräsident v. Hindenburg nunmehr am 12. November der badischen Landeshauptstadt den in Aussicht gestellten Besuch abhalten. Nach dem bisherigen Programm wird der Reichspräsident von Stuttgart kommend, an diesem Tage gegen 11 1/2 Uhr mittags hier eintreffen und abends gegen 6 Uhr nach Darmstadt weiterfahren. Für den Besuch des Reichsoberhauptes sind vorgesehen: Empfang bei der Badischen Regierung im Staatsministerium, Besuch des Landtags und hierauf des Rathauses, ein Frühstück, sowie Tee im Staatsministerium.

### Erziehung und Ausbildung von Kriegskindern

P. A. Bis zur Neuregelung des Fürsorgewesens am 1. April 1924 erfolgte die Fürsorge für die Erziehung und Ausbildung von Kriegswaisen und von Kindern Kriegsschadigter nach Richtlinien des Reichsausschusses der Kriegsschadigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge und mit Sondermitteln des Reichs.

Seit 1. April 1924 haben die Bezirksfürsorgeverbände nach § 8 der Badischen Ausführungsverordnung zur Reichsfürsorgeverordnung die Aufgabe, die Fürsorgepflichten für Kriegswaisen und Kinder von Kriegsschadigten unmittelbar zu erfüllen; auch stehen Sondermittel des Reichs für diese Zwecke nicht mehr zur Verfügung. Das Reich hat nunmehr für die Fürsorge auf Grund der Reichsfürsorgeverordnung Grundsätze aufgestellt, aus denen hervorgeht, daß die Fürsorgestellen der Erziehung und Berufsfürsorge für Minderjährige, insbesondere aber für Kriegswaisen und Kinder von Kriegsschadigten nach wie vor größte Aufmerksamkeit zu widmen haben.

Zum notwendigsten Lebensbedarf, der den Hilfsbedürftigen nach den Reichsgrundsätzen gewährt werden muß, gehören auch Erziehung und Erwerbsbefähigung. Die Erwerbsbefähigung soll nicht nur die Befähigung zu ungelerneter Arbeit umfassen, sondern in geeigneten Fällen auch die Ausbildung für einen bestimmten Beruf zum Ziel haben. Besondere Förderung erheischt die Erwerbsbefähigung bei Hilfsbedürftigen, die erwerbsbeschränkt sind (Blinde, Taubstumme, Krüppel). In den Erläuterungen ist mit Recht besonders betont, daß es die wirksamste, würdigste, und im Endergebnis sparsamste Hilfe für derartige schwer Erwerbsbeschränkte ist, ihre Kräfte dem Wirtschaftsleben nutzbar zu machen. Was hier von den Erwerbsbeschränkten besonders gesagt wird, gilt aber, mehr oder weniger auch für alle Minderjährigen. Die vorübergehende Fürsorge bei Jugendlichen hat noch immer den besten Erfolg gebracht.

Nach § 25 der Reichsgrundsätze muß die soziale Fürsorge den Kriegshinterbliebenen insbesondere bei der Berufsausbildung und bei der Unterbringung und Erhaltung im Erwerbsleben beistehen und ihnen behilflich sein, die Folgen des Verlustes des Ernährers nach Möglichkeit zu überwinden. Soweit Hinterbliebenen Berufsausbildung gewährt werden soll, richtet sich nach dem einzelnen Fall; jedenfalls soll die soziale Fürsorge nicht nur die Berufsausbildung von Waisen und Kindern schwerbeschädigter nachdrücklich fördern, sondern auch die Anlagen und Fähigkeiten des Kindes und die Lebensstellung der Eltern angemessen berücksichtigen.

Diese besondere Aufgabe der Kriegsschadigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge verdient heute eine um so größere Beachtung, als es den Hilfsbedürftigen Kriegsschadigten u. Kriegshinterbliebenen infolge der wirtschaftlichen Entwicklung immer schwerer wird, ihrer Erziehungs- und Ausbildungspflicht für ihre Kinder gerecht zu werden. Die Vermittlung von Lehrstellen begegnet heute im Vergleich zu früher unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten. Oft

spielt die Frage des Verdienstes der Kinder und die Bezahlung eines Lehrgeldes eine beträchtliche Rolle. Sehr oft scheitert daran die Unterbringung in einer geordneten Lehrstelle.

Ist einmal die Notwendigkeit einer bestimmten Berufsausbildung eines Kindes bejaht und bewilligt, dann muß sich der Bezirksfürsorgeverband von vornherein darüber klar sein, daß er diese Berufsausbildung auch zu Ende führen muß. Der einmal gefasste Entschluß enthebt dann die Fürsorgestelle innerhalb der beschlossenen Berufsausbildung, bei jedem Bedarf neue Mittel beim Ausschuss anzufordern.

In letzter Zeit wurden verschiedentlich Klagen über mangelhafte Kriegswaisenfürsorge vorgebracht. Tatsächlich scheint die Berufsfürsorge für Kriegswaisen immer noch nicht überall mit dem wünschenswerten Nachdruck betrieben zu werden.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß möglichst viele der schulentlassenen Kriegskinder die Möglichkeit einer geordneten Lehre erhalten. Vornehmste Aufgabe der sozialen Fürsorge muß es sein, den Kindern der Gefallenen die Möglichkeit zu bieten, den Beruf des Vaters zu ergreifen, falls sie die dazu erforderlichen Fähigkeiten besitzen. Kleinliche finanzielle Gesichtspunkte müssen vor dieser großen Aufgabe zurücktreten.

### Der Bahnbau Titisee-St. Blasien

Zur Fertigstellung der Bahn Titisee-St. Blasien hat sich die Reichsbahngesellschaft bereit erklärt, wenn das Land Baden die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Der Landtag hat bereits für die Strecke Titisee-Seebrod 1/4 des erforderlichen Betrages von 510 000 M. als Staatsdarlehen ausgemerzt, das vierte Viertel soll als verlorener Zuschuß von den beteiligten Gemeinden und Interessenten getragen werden. Der gemischte beschließende Ausschuss der Kreisversammlung Freiburg bewilligte hierzu 20 000 M.

### „Koalitions-Spekulationen“

Zu den Koalitions-Spekulationen der „Badischen Presse“ schreibt im „Bad. Beobachter“ Reichstagsabgeordneter Adam Müller:

Mit einer aus Verleumdung und Stunnen zusammengefügten Mischung öffentlichen Interesses haben die eingeweihten Kreise die Koalitions-Spekulationen der „Badischen Presse“ verfolgt. Man sollte meinen, der Kritiker des Lokalblattes, das die angestammten Grenzen seines Einflusses noch immer nicht respektieren gelernt hat, sei ein irgendwo verstreuter der Deutschen Volksparteier, der durch seine dalkons d'essais eine Plattform zukünftiger Politik gestalten soll. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich bei den Spekulationen des Blattes um absolute Privatarbeiten eines Mannes handelt, der jenseits jeglicher Parteibindungen steht. Die verantwortlichen Kreise der Nationalliberalen wissen von diesen Verleumdungen eines mit der badischen Politik völlig Unvertrauten nichts und man berrät kein Geheimnis, wenn gesagt wird, daß die verantwortlichen Stellen dieser Art unangenehme Anberührung und kaum feilheitstüchtig erträglicher Aufspielerei durchaus ablehnen. Nur vollkommene Unkenntnis mit den badischen Verhältnissen und badischer politischer Mentalität kann den abstrusen Vorschlag, eine Regierung unter Ausfaltung der zweitstärksten Partei des Landes, wagen. Wir hier in Baden sind froh, wenn wir die radikale Arbeiterpartei durch Mitarbeit und Witterantwortung aus dem Zustand einer sterilen Opposition quoad mema herausheben und sie für den gemeinsamen Dienst am Vaterlande gewinnen. Es ist überflüssig deutschnationales Schema, den Bürgerblod gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Auch in den nationalliberalen Kreisen kennt niemand an den Bürgerblod und die Ausschaltung der Sozialdemokraten. Das sei als Tatsache festgestellt.

Sind wir recht unterrichtet, so will die Deutsche Volkspartei als Repräsentantin bürgerlicher wirtschaftlicher Gruppen liberalen Einschlags eine der Bedeutung dieser Stände entsprechende Vertretung in der Regierung, unter keinen Umständen aber will sie zum Gaudium der Radikalfraktion nach rechts und links eine Bürgerbloderei installieren. Es trägt jedenfalls zur Klärung der politischen Lage bei, wenn dies unmissverständlich festgestellt und der Versuch eines politischen und journalistischen Dilletantismus dem Grobmannsputz und Wichtigtuerei Kade stand, abgewiesen wird. Auch Amtmann Schmale steht diesen Treibeieren vollkommen fern.

Die Zentrumspartei will praktische, aufbauende, ausgleichende Arbeit leisten. Man wird es seinen bewährten Führern überlassen dürfen, daß sie jenseits der durch Malagitation vergifteten Atmosphäre stehend, das Wohl des Ganzen im Auge hat und das vor Schmerz brüllende Zentrum ebenso aus der Reichweite des Gehörs und der politischen Sensibilität entfernt hat, wie die kulturpolitische Unvernunft der Demokraten und Liberalen.

Dem Lande in der Periode neuer und schwerer politischer Konpositionen eine tatkräftige und aufbauende Regierungsarbeit zu sichern, ist das Ziel badischer Zentrumspolitik unter Führung des Realen Dr. Schofer. Die „minder kalifornischen Tagesleistungen“ der „Badischen Presse“ stehen außerhalb jeder Zensurierfähigkeit.

Von wichtigen Pressestimmen tragen wir noch folgende Ausführungen der deutschnationalen „Süddeutschen Zeitung“ nach:

„Das Ergebnis ist also wenig erfreulich. Im Lager der Rechten wäre es ein Fehler, wenn man nicht zugeben wollte, daß tatsächlich der schwarz-rot-goldene Blod den Angriff abgesehen hat. Wenn man aber bedenkt, daß die drei Parteien dieser Koalition sich im Wahlkampf gegenseitig — oft direkt bis aufs Messer — bekämpft haben, so sieht man, daß nur dadurch die Abwehr leicht war, daß nicht eine, sondern 3 schwarz-weiß-rote Gruppen den Kampf dagegen führten.“

Der Rechtsblod hat die Pflicht, seine schwachen Punkte zu erkennen. Von vorne herein war es klar, daß die arithmetische Rechnung der Deutschnationalen Volkspartei + Landbund = Rechtsblod falsch sein würde, da im Landbund — rein parteipolitisch gesprochen — viele Gruppen enthalten waren. Genau wie bei einer Verbindung von zwei Vereinen Mitglieder wegen Verzögerung über die Verbindung austreten, so war auch bei diesem Zusammenschluß mit einer Abwanderung oder Stimmeneithaltung zu rechnen.“

Die Ferngasversorgung des Rheintales. Die Städte Köln, Koblenz, Mainz und Wiesbaden haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden, um in der Frage der Ferngasversorgung des Rheintales eine Lösung herbeizuführen.

### Aus der Landeshauptstadt

Nun doch ein Indianerbrunnen. Die Karlsruher Südstadt wird im Dumor der Volkstimme als „Indianerviertel“ bezeichnet und der Südstädter muß diesbezüglich manchen mehr oder weniger schlechten Witz über sich ergehen lassen. In Anlehnung an diesen Volkswitz hatte die Stadt vor einiger Zeit beabsichtigt, auf dem in der Südstadt gelegenen Weidenplatz einen Brunnen mit einer Indianerfigur zu errichten, um so gewissermaßen dem Volkshumor eine greifbare Gestalt zu geben. Darob entbrannte nun in der Südstadt ein heftiger Kampf, was schließlich die Stadtverwaltung veranlaßte, von ihrem Projekt abzusehen. Nun hat ein Bürger der Südstadt, Herr von Steffelin, den Gedanken wieder aufgegriffen und vor seinem Hause einen Wandbrunnen errichten lassen, der die Umrisse eines wasserspeienden Indianerkopfes aufweist, und so hat denn der Dumor wieder einmal den Sieg davongetragen und die Südstadt besitzt ihren Indianerbrunnen.

Badisches Landestheater. Der „Jahrmart in Pulsnit“, ein Dionysischer Schwan von Walter Farlan gehört zu den wenigen deutschen Komödien der letzten Jahrzehnte, die eine Art Wiedergeburt erfahren, nachdem es fast schon, sie seien nach ihren anfänglichen Erfolgen so gut wie vergangen und für das heutige Theater verloren. Nun taucht das reizvolle Werk in den Spielplänen der Bühnen wieder auf und bewährt seine ungebrochene Lebendigkeit. Auf die am Samstag, dem 31. Oktober, stattfindende erste Aufführung, des neuinstudierten Stückes sei nochmals empfehlend hingewiesen.

Wetternachrichten des Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Das Wetter war gestern zeitweise heiter, nur ganz vereinzelt fielen in Nordbaden geringe Niederschläge. Das Tagesmittel lag 5 Grad unter dem Normalen. Das Ost-Wind hat sich bis Frankreich ausgedehnt, so daß das westliche Tief vorerst nicht zur Geltung gelangt. Wir dürfen für morgen mit der Fortdauer der bestehenden Witterung rechnen. Voraussage für Freitag: Ebenen teilweise Morgennebel, sonst heiter und trocken, nach fühlbar Nacht am Tage mild, auf den Schwarzwaldhöhen gute Fernsicht, schwache Luftbewegung.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	29. Okt.	28. Okt.
Amsterdam 100 G.	168.82	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	104.42	104.68
Italien 100 L.	16.56	16.60
London 1 Pf.	20.330	20.380
Newyork 1 D.	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	17.55	17.59
Schweiz 100 Fr.	80.82	81.02
Wien 100 Schilling	59.525	59.265
Brag 100 Kr.	12.42	12.46

Aufstellung überall 100 Prozent

Karlsruher Börse, 27. Oktober. Abteilung Getreide, Mehl, und Futtermittel. Entsprechend den ausländischen Notierungen ist der Markt fest. Größere Operationen lassen die schwierigen Geldverhältnisse nicht zu. Weizen, handelsüblich 25-25,5, Roggen, neue Ernte, gesund, handelsüblich 19-19,75, Sommergerste, neue Ernte, 24-27, Haser ausländ. 20-22, Haser, inländischer, neue Ernte 18,75-19,00, Mais mit Sad, neue Ernte 19,75, Weizenmehl, Mühlenförderer 38,5-38,75, Roggenmehl, Mühlenförderer 27,25-27,75, Weizenfuttermehl je nach Qual. 14-14,5, Roggenfuttermehl je nach Qual. 14-14,5, Weizenkleie 10-10,25, Roggenkleie 10-10,25, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreber 17,5-17,75, Maiskeime 15-15,5, Speisefartoffel, gelblichgelbe 5,25-6, weißlichgelbe 4-5, rote 3,80-4,50. Raufuttermittel: Lofes Weizenbrot, gut, gesund, trocken 7,5-8, Luzerne 9-9,5, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt 4,5-5, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate. Mais, Viertreber und Maiskeime mit Getreide ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertighafabrikate Parität Fabrikation. Roggenpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Aufschläge. Weine und Spirituosen: Die Börse ist infolge eines äußeren Anlasses schwach bezeugt und verliert infolgedessen äußerlich ruhig und geschäftlos. Kolonialwaren: Kaffee, Tee und Kakao im Preise unverändert. Bismarck 0,42, Graupen 0,42, gelbe gespaltene Erbsen, neue 0,49, weiße ungar. Perlbohnen, neue 0,39, neue Linsen, mittel 0,83, Kristallkander 0,66, Salatöl 1,15, Schweinefett 1,90 GR alles per Kilo.

Handelskammer Mannheim. Dieser Tage fand die Vollversammlung der Handelskammer Mannheim statt, die sich einleitend mit den Handelsvertragsverhandlungen und mit der Konferenz von Locarno befaßte. Das Hauptinteresse der Versprechungen war den schwebenden Verkehrsfragen gewidmet. Dr. Linden berichtete über die Verhandlungen mit der Reichsbahn-Gesellschaft bezüglich der Wasserumschlagstarife. Zur Wahrung der Rheinschiffahrts bildet worden, dem auch die Handelskammer Mannheim angehört. Lebhaftem Interesse begegnete das Referat von Prof. Kaufmann über wichtige Verkehrsprobleme, so u. a. die Elektrifizierung der Strecke Mannheim-Heidelberg, Bau von Automobilstraßen, Herstellung einer Straßenbahnverbindung mit Schwetzingen usw. Neben verschiedenen Referaten über Wirtschaftsfragen kamen auch Luftverkehrsfragen zur Verhandlung. Der Vorsitzende Präsident, Kessel sprach in dieser Versammlung der Regierung den größten Dank für die in Locarno gepflogenen Verhandlungen aus. Handel und Industrie seien an dem Verlauf der Konferenz von Locarno und ebenso an ihrem Ergebnis außerordentlich interessiert gewesen.

### Bücheranzeigen

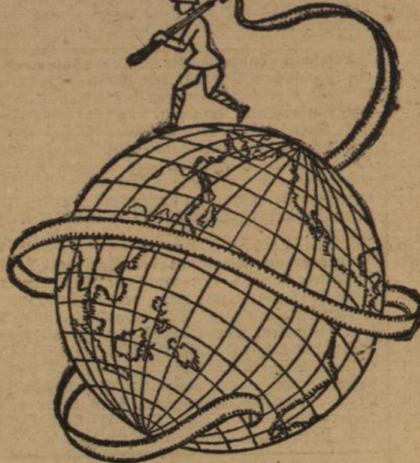
Vom gefundenen und verlorenen Herzen von Univ.-Prof. Dr. Kerckhoffen-München. (122 Seiten, 18 Abbildungen. Preis gebunden 1,85 M. Max Hesses Verlag, Berlin W 15.) — Ein empfehlenswertes Buch, das auf kurzem Raum alles für den Laien Wissenswerte enthält.

Elias Hurwicz: Staatsmänner und Abenteurer. Russische Porträts von Witte bis Trozki. 1891-1925. (Verlag von E. L. Hirschfeld, Leipzig.) — Das Buch schildert das historische Geschehen, wie es sich in den lebendigen Menschen, vor allem in den Führern, verkörpert. Der Punkt des historischen Bildes entspricht die Vielfältigkeit der vom Verfasser aufgestellten Bildergalerie.

Das Umkehrergesetz nach dem Stande vom 1. Oktober 1925 mit sämtlichen Änderungen, Erlässen und Einführungen von Dr. Koppe, Rechtsanwalt, Hauptschriftleiter der Deutschen Steuer-Zeitung, Berlin und Dr. Ball, Regierungsrat in der Reichsfinanzverwaltung. Preis broschiert 3,50 M., in Leinen gebunden 5,20 M. — 185 S. — 1925. — Industrieverlag Spaeth & Kinde, Berlin W 10, Wien I.

# Bad. Lichtspiele Konzertthaus

## COLIN ROSS



spricht zu seinem Film  
**MIT DEM  
KURBELKASTEN  
UM DIE  
ERDE**

Ab 31. Oktober bis 4. November täglich 8 Uhr abends  
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags  
Sonntag, den 1. und Dienstag, den 3. Nov. keine Vorführung  
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße  
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise  
Wir bitten, die Karten rechtzeitig im Vorverkauf zu entnehmen  
um den Andrang an der Abendkasse möglichst zu vermeiden  
Besonders machen wir auch auf die Nachmittagsvorträge  
aufmerksam

§ 250. Gernsbach. Über das Vermögen des Kaufmanns Karl Stiebig in Bernersbad wird heute am 28. Oktober 1925, vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Rechtsanwalt Lion in Rastatt wird zum Konkursverwalter ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum 16. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden.  
Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf  
Montag, 23. November 1925, vormittags 10 Uhr,  
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
Montag, 23. November 1925, vormittags 10 Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. November 1925 Anzeige zu machen.  
Gernsbach, 28. Okt. 1925.  
Amtsgericht Gernsbach.

§ 251. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Efa Annuos, Wäschegeßel in Karlsruhe, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Dienstag, den 10. November 1925, vormittags 9 1/2 Uhr, 3. Stod, Zimmer Nr. 229. Karlsruhe, den 23. Oktober 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 7.

§ 252. Oberkirch. Über den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns Franz Kind in Oberkirch, Inhaber der Firma Ringelstein u. Kind daselbst, wurde heute, vormittags 8 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Rechtsanwalt Hübner in Oberkirch ist zum Konkursverwalter ernannt.  
Anmeldefrist bis zum 14. November 1925, nachmittags 3 Uhr. Offener Arrest und Anzeigefrist bis zum 14. November 1925.  
Oberkirch, 27. Okt. 1925.  
Badisches Amtsgericht.

### Bekanntmachung. Die Bekämpfung der Schnatenplage

Nachstehend bringen wir die Bestimmungen der für die Stadt Karlsruhe erlassenen ortspolizeilichen Vorschrift obigen Betreffs vom 16. Februar 1911 mit der Aufforderung zur genauesten Beachtung erneut zur öffentlichen Kenntnis:

§ 1.  
Die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, die in den Kellern, Schuppen, Ställen und ähnlichen Räumlichkeiten überwinterten Schnaten durch Aussträuen der Räumlichkeiten mit einem geeigneten Räucherpulver oder durch Abflammen der Wände und Decken, durch Bedecken mit feuchten Tüchern oder in sonstiger wirksamer Weise zu vernichten. Die Mieter haben die betreffenden Räume zu fraglichem Zweck zu öffnen.

§ 2.  
Beim Abflammen ist zur Vermeidung von Feuergefahr mit der nötigen Sorgfalt zu verfahren; ein Eimer Wasser und ein Reifigefäß sind zum Ablöschen und Ausschlagen eines etwa entstehenden Feuers bereit zu stellen.  
Wo feuergefährliche Gegenstände lagern, darf nicht abgeflammt werden.

§ 3.  
Mit den Vernichtungsarbeiten ist erst zu beginnen, wenn durch öffentliche Bekanntmachung des Bürgermeistersamts dazu aufgefordert wird. Die Arbeiten müssen spätestens am 15. Dezember beendet sein. Sind die Arbeiten nicht von Erfolg gewesen, so sind sie zu wiederholen bis spätestens 15. Januar, und erforderlichenfalls nochmals vorzunehmen bis spätestens 15. Februar, ohne daß es hierzu einer amtlichen Aufforderung bedarf.

§ 4.  
Die Stadtgemeinde ist berechtigt, in den Wintermonaten sich von der richtigen Ausführung der vorgeschriebenen Maßnahmen durch besonders dafür bestellte Personen zu vergewissern.

§ 5.  
Soweit die Ausführung bei der Nachschau als ungenügend erscheint, ist die Stadtgemeinde berechtigt, die Vernichtungsarbeiten auf Kosten der Verpflichteten vornehmen zu lassen. Eine besondere Gebühr hierfür kann auf Grund eines Gemeindebeschlusses erhoben werden.

§ 6.  
Der Stadtgemeinde ist es überlassen, zur Durchführung der Maßnahmen besonders hierfür geeignete Persönlichkeiten aufzustellen, die diese Arbeiten auf Ersuchen der Verpflichteten und auf deren Kosten vornehmen, soweit nicht die Kosten der Durchführung der Maßnahmen von der Stadtgemeinde selbst übernommen werden.

§ 7.  
Den mit der Überwachung und dem Vollzug der vorgeschriebenen Maßnahmen betrauten Personen ist, sofern sie sich gehörig ausweisen, das Betreten von Keller- und Dachräumen zur Erfüllung ihrer Aufgabe bei Tage jederzeit zu gestatten. Bevor sie irgend welche Vernichtungsarbeiten vornehmen, haben sie jedoch den Inhaber der Wohnung oder seinen Stellvertreter in Kenntnis zu setzen.

§ 8.  
Weitere Anordnungen können durch das Bezirksamt getroffen werden; insoweit den Bedante Anwendung eines als besonders geeignet erachteten Verteilungsmittels angeordnet werden.

§ 9.  
Zwischenhandlungen werden gemäß § 37 a B. St. G. B. an Geld bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.  
Karlsruhe, den 24. Oktober 1925.  
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Die polizeiliche Meldestelle betr.  
Wegen Reinigung der Diensträume bleiben die polizeiliche Meldestelle und das Postbüro am Samstag, den 31. Oktober 1925 geschlossen.  
Karlsruhe, den 26. Oktober 1925.  
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion P.

Streng reell Gegr. 1911  
Frau Rosa Morasch, Karlsruhe  
Kaiserstr. 64 III Teleph. 4239

### Wir suchen zum sofortigen Antritt

## seriösen Vertreter

für unsere Erzeugnisse. Wir stellen farbige Kleinkunst-Möbel und kunstgewerbliche Neuheiten für den täglichen Gebrauch her, die überall bisher leicht abzusetzen waren. Herren, welche mit nachweisbar gutem Erfolg in Warenhäusern, Möbel-, Schreib- und Galanteriewaren-Geschäften gut eingeführt sind, bitten wir um ausführliche Bewerbungen. Bei zufriedenstellenden Leistungen engagieren wir fest gegen Gehalt, Spesen und Provision.

Kakadu-Kleinkunst-Werkstätten  
Dresden-A. 1 Parkstraße 7

Detektiv-Inst. u. Privat-Auskunfte  
Argus "Mannheim"  
O. 6. 6.  
Planken 9. 47  
Fernspr. 3505  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Auffchrift bis spätestens 12. November 1925, vormittags 10 Uhr, eingureichen. Aufschlagsfrist 19. November 1925.  
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Vorstand der Bauabteilung, Heidelberg (Dienststräume: Neues Güteramtgebäude).

Papier- und Langholzverkauf.  
Das Badische Forstamt Karlsruhe verkauft freihändig 700 fm. Radellangholz, darunter 270 fm. Rastholz und 1900 Stierfichten-Papierholz (entriindet), sowie einigen hundert Bau- und Hopfenstangen.  
Gebote in Prozenten der Landesgrundpreise bis Donnerstag, den 12. November 1925, nachmittags 4 Uhr, beim Forstamt eingzureichen. Losberzeichnisse durch das Forstamt.

Bei der Stadtgemeinde Mühlheim ist zum 1. Dezember 1925 die freierwerbende Stelle eines **Schuhmanns** zu besetzen. Bewerber müssen die für den Polizeidienst erforderlichen Fähigkeiten besitzen. Bewerber, welche die Polizeischule mit Erfolg besucht haben, erhalten den Vorzug.  
Bewerbungen sind unter Beifügung von Zeugnissen und eines Lebenslaufes bis spätestens 15. November 1925 eingzureichen. E. 838  
Mühlheim, 26. Okt. 1925.  
Gemeinderat:  
J. B.: Ernst Fieb.

Grubenholzverkauf.  
Städtisches Forstamt Heidelberg verkauft aus dem "Camerallwald" bei Biegelhausen auf dem Stod, bis Ende Dezember d. J. anfallend, 500 Ster forstene Grubenholz. Popf. stärke: 5/18 cm, Rängen nach Aberrückkunft. Gegebenenfalls sind weitere Mengen lieferbar. Führerlöhne nach den Stationen Schlierbach und Neckarsteinach voraussichtlich etwa 3-4 M. je Ster. Angebote bis längstens 7. November erbeten. E. 237

Badisches Landestheater  
Freitag, 30. Oktober 1925  
\* B 6  
Neu einstudiert:  
**Die Meisterlinder von Nürnberg**  
In drei Akten von Richard Wagner  
Musikal. Leitung: F. Wagner  
In Szene gesetzt von D. Arnus  
Personen:  
Sachs Schuster  
Fogner Dr. Buchschpeunig  
Bogelgesang Auf  
Rachigall Gräbinger  
Bedmeister Wölfer  
Kobler Weyrauch  
Bom Rainbach  
Eglinger Schärer  
Wolfer Wurm  
Otel Meyer  
Schwarz Madjinsky  
Bolz Landt  
Stoßing Straal  
David Siegfried  
Eva Wittermann  
Magdalena Hoffmann-Becher  
Ein Nachtwächter Landt  
Anfang 5 1/2 Ende 10 1/2  
Spezial I 7.40

§ 253. Oberkirch. Über den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns Franz Kind in Oberkirch, Inhaber der Firma Ringelstein u. Kind daselbst, wurde heute, vormittags 8 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Rechtsanwalt Hübner in Oberkirch ist zum Konkursverwalter ernannt.  
Anmeldefrist bis zum 14. November 1925, nachmittags 3 Uhr. Offener Arrest und Anzeigefrist bis zum 14. November 1925.  
Oberkirch, 27. Okt. 1925.  
Badisches Amtsgericht.

# Darf ich bekannt machen?

Das größte und leistungsfähigste  
**Modekaufhaus mit Kreditbewilligung**

**Herren-  
Damen  
Reiche  
Auswahl!**

**Mässige Anzahlung  
Leichte Abzahlung**

**Kinder-  
Moden.**

**Erstkl. Herren, Mass, Abteilung**

Besondere Angebote:  
**Pullover u. Strickwesten für Damen — Herren — Kinder.  
Seal Plüsch-Mäntel und Jacken.**

## Deutsche Bekleidungs-gesellschaft

Zweiggeschäft Karlsruhe  
Kronenstraße 40  
- Ecke Markgrafenstraße - 20945

Draud & Braun, Karlsruhe.